



Brüssel, den 18. Februar 2019
(OR. en)

6115/19

CLIMA 39
ENER 58
ENV 110
TRANS 81
SUSTDEV 14
AGRI 65
ECOFIN 123
COMPET 104
MI 114

VERMERK

Absender: Vorsitz

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Nr. Komm.dok.: 15011/18

Betr.: MITTEILUNG DER KOMMISSION: Ein sauberer Planet für alle – Eine Europäische strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft
– Orientierungsaussprache

1. Am 28. November 2018 hat die Kommission die Mitteilung mit dem Titel "Ein sauberer Planet für alle – Eine Europäische strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft" angenommen.
2. Die Mitteilung wurde am 19. Dezember 2018 dem Rat (Energie) und am 20. Dezember 2018 dem Rat (Umwelt) vorgestellt. Anschließend führten die Energieministerinnen und -minister einen ersten Gedankenaustausch.
3. Die Kommission hat die Mitteilung vor der genannten Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie) am 29. November 2018 in der Gruppe "Energie" und am 12. Dezember 2018 in der Gruppe "Atomfragen" vorgestellt.

4. Die Gruppe "Umwelt" erörtert seit Januar 2019 die Kommissionsmitteilung und die dazugehörige eingehende Analyse. Die Delegierten der Gruppe "Energie" wurden zu allen Sitzungen der Gruppe "Umwelt" eingeladen, die bisher stattgefunden haben (am 11. und 25. Januar und am 5. und 14. Februar 2019), um sich an der gründlichen Prüfung der eingehenden Analyse zu beteiligen.
 5. Zudem erörterte die Gruppe "Energie" die Mitteilung der Kommission am 12. Februar 2019 im Hinblick auf die Vorbereitung der Tagung des Rates (Energie) am 4. März 2019, wobei sie sich insbesondere mit den energiebezogenen Schlüsselfragen, Herausforderungen und Möglichkeiten auf dem Weg zu einem reibungslosen Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft befasste.
 6. Der Vorsitz möchte, dass in allen zuständigen Ratsformationen Aussprachen über den Beitrag des jeweiligen Politikbereichs zur Gesamtvision geführt werden.
 7. Der Vorsitz hat ein Hintergrundpapier und Fragen (siehe Anlage) vorbereitet, die der Strukturierung der Orientierungsaussprache der Ministerinnen und Minister am 4. März 2019 dienen sollen.
-

Ein sauberer Planet für alle: Strategische, langfristige Vision für eine klimaneutrale Wirtschaft
Hintergrundpapier des Vorsitzes für die Orientierungsaussprache
auf der Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie (Energie)) am 4. März

1. Energie spielt eine entscheidende Rolle bei der Umgestaltung der europäischen Wirtschaft und bei den Bemühungen um eine Verringerung der Treibhausgasemissionen. In der Mitteilung wird anerkannt, dass der Energiesektor eine zentrale Rolle spielt, da auf ihn mehr als 75 % der Treibhausgasemissionen der EU entfallen. Im Rahmen des Übergangs ist eine Umgestaltung des Energiesystems vorgesehen, die die EU in die Lage versetzen wird, eine sichere und nachhaltige Energieversorgung nach einem marktbasierten Ansatz zu bieten, und gleichzeitig die Verbraucherinnen und Verbraucher in den Mittelpunkt des gesamten Prozesses rückt.

2. Die EU engagiert sich schon immer an vorderster Front, um gegen die Ursachen des Klimawandels vorzugehen und im Rahmen des Klimaschutzübereinkommens von Paris auf eine koordinierte Reaktion auf globaler Ebene hinzuarbeiten. Zu diesem Zweck bekräftigte der Europäische Rat im Juni 2017 nachdrücklich, dass sich die EU und ihre Mitgliedstaaten zu den Zielen des Klimaschutzübereinkommens von Paris bekennen, und ersuchte am 22. März 2018 die Europäische Kommission, bis zum ersten Quartal 2019 einen Vorschlag für eine Strategie zur langfristigen Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU nach Maßgabe des Übereinkommens von Paris vorzulegen, wobei die nationalen Pläne zu berücksichtigen sind.

3. Am 28. November 2018 hat die Kommission die Mitteilung mit dem Titel "Ein sauberer Planet für alle – Eine Europäische strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft" angenommen. In der Mitteilung wird eine Vision dafür vorgestellt, wie die EU langfristig zur Verwirklichung der Ziele des Klimaschutzabkommens von Paris beitragen könnte. Mit der Mitteilung sollte eine breit angelegte Debatte mit Beteiligung der europäischen Entscheidungsträger und der Öffentlichkeit darüber eingeleitet werden, wie sich die EU auf einen Zeithorizont 2050 vorbereiten sollte.

Darauf aufbauend sollte die EU in der Lage sein, ihre langfristige Strategie bis 2020 festzulegen und sie der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) zu unterbreiten, wie im Pariser Übereinkommen gefordert.

4. In der Mitteilung wird hervorgehoben, dass die Umgestaltung in allen Wirtschaftssektoren, einschließlich des Energiesektors, stattfinden muss, um den Übergang zu einer Wirtschaft ohne Netto-Treibhausgasemissionen zu bewältigen.

Laut diesem Dokument sollte der Übergang sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Regionen sozial gerecht sein; zudem wird er die Wettbewerbsfähigkeit steigern, die Rolle der EU auf den globalen Märkten stärken und gleichzeitig die Sicherheit der Energieversorgung, nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung gewährleisten.

5. In der Mitteilung werden sieben Bausteine beschrieben, anhand derer der Weg hin zu einer Wirtschaft ohne Netto-Treibhausgasemissionen sichergestellt werden soll; davon beziehen sich zwei Bausteine ausdrücklich wie folgt auf Energie: Maximierung des Nutzens von Energieeffizienz, einschließlich Nullemissionsgebäude, und maximale Nutzung von erneuerbaren Energien und von Strom für die vollständige Dekarbonisierung der Energieversorgung Europas; zwei weitere beziehen sich direkt auf die Art der Energienutzung in unserer Wirtschaft für das Verkehrswesen und industrielle Tätigkeiten; ein fünfter bezieht sich schließlich auf die zugrunde liegende Rolle der Infrastruktur, wobei besonderes Augenmerk auf energiebezogene Infrastrukturen gelegt wird.

6. In der Mitteilung wird auf die Umsetzung von No-Regret-Optionen wie etwa erneuerbare Energien einschließlich nachhaltiger Biobrennstoffe der nächsten Generation, Energieeffizienz – unter anderem in Bezug auf Gebäude – in Verbindung mit individuellen Optionen wie Elektrifizierung, Wasserstoff und alternativen Kraftstoffen oder neuen Verkehrskonzepten eingegangen.

Die stärkere Nutzung von Strom aus erneuerbaren Quellen könnte zur Dekarbonisierung verschiedener Sektoren wie Wärme, **Verkehr** und Industrie führen. Die in der Mitteilung beschriebenen Lösungen verweisen auch auf die Einführung von nachhaltiger erneuerbarer Wärme und nachhaltigem erneuerbarem Gas, einschließlich Biogas, Wasserstoff und E-Methan, die unter Nutzung von Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugt werden.

Die Einführung erneuerbarer Energien in großem Maßstab wird zur Elektrifizierung der Wirtschaft führen und die Sektorkopplung erleichtern. Erneuerbare Energien in Verbindung mit anderen sicheren und nachhaltigen CO₂-armen Technologien werden die Grundlage des CO₂-freien Stromsystems bilden.

Um die Netto-Treibhausgasemissionen auf null zu senken, muss darüber hinaus das Potenzial der technologie- und kreislaufbasierten Optionen maximiert werden.

7. In der langfristigen Vision der Kommission werden Forschung, Entwicklung und Innovation als Elemente hervorgehoben, die voraussichtlich die Technologiekosten erheblich senken und es Unternehmen ermöglichen werden, sich in Europa zu entwickeln, um anschließend auf den Weltmärkten eine Spitzenposition einzunehmen.

Vor diesem Hintergrund wird die Integration innovativer Lösungen im Bereich der Energieeffizienz oder der erneuerbaren Energien mehr Flexibilität im Energiesystem ermöglichen und gleichzeitig zu intelligenten Übertragungs-/Fernleitungsinfrastrukturen und Speichertechnologien sowie zu einer intelligenten Digitalisierung führen; all dies wird das Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen und das Wirtschaftswachstum fördern. In diesem Zusammenhang kann im Wege einer ausreichenden Finanzierung von Forschung und Innovation die Dekarbonisierung weiter vorangetrieben werden.

8. Die Kommission fordert alle europäischen und nationalen politischen Akteure sowie Interessenträger im Privatsektor und alle europäischen Bürgerinnen und Bürger auf, sich aktiv an der Debatte und der Suche nach Lösungen zu beteiligen, um eine wettbewerbsfähige und CO₂-arme Wirtschaft zu schaffen und sich gleichzeitig den damit verbundenen Herausforderungen zu stellen sowie die damit verbundenen Chancen zu nutzen.

9. Die vielschichtige und interdisziplinäre Vision, die in der Mitteilung dargelegt wird, erfordert abgestimmte Maßnahmen in vielen verschiedenen Bereichen, unter denen der Bereich Energie – ebenso wie der Verkehr und die Landwirtschaft – am meisten Gewicht hat.

10. In der Mitteilung werden alle relevanten Ratsformationen, einschließlich des Rates "Energie", ersucht, ausführliche Orientierungsaussprachen zu führen, um zu klären, welchen Beitrag ihr jeweiliger Politikbereich zur langfristigen Gesamtvision für den Übergang der EU zu einer wettbewerbsfähigen, fairen und klimaneutralen Wirtschaft leisten kann. In diesem Zusammenhang werden die Energieministerinnen und -minister ersucht, die Hauptelemente der Mitteilung zu erörtern.

11. Die Orientierungsaussprache im Rat (Energie) soll bei der Festlegung der wesentlichen strategischen Leitlinien eine Struktur vorgeben und aufbauend auf den vereinbarten Zielen bis 2030 der Inspiration/Auslotung der Vision der Mitgliedstaaten für den Horizont 2050 dienen.

Fragen:

1. Welche wesentlichen strukturellen Änderungen müssen Ihrer Ansicht nach am Energiesystem vorgenommen werden und welche der möglichen Instrumente – wie die Stärkung der Rolle erneuerbarer Lösungen, die Anpassung unserer Netzinfrastuktur oder die Entwicklung eines strategischen Ansatzes im Gebäudebereich – halten Sie für am wichtigsten, um den derzeitigen hohen Anteil des Energiesektors an den Treibhausgasemissionen insgesamt zu reduzieren?
2. Wie würden die neuen Technologielösungen wie etwa Wasserstoff, Strom zu Gas, Speicherung oder Biomasse dazu beitragen, den Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft sicherzustellen und gleichzeitig ein Gleichgewicht zwischen den Investitionskosten, der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und dem Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Energiesektor zu erhalten? Sehen die Mitgliedstaaten in ihren nationalen Strategien vor, den vorstehend genannten Herangehensweisen Priorität einzuräumen?
3. Wie könnte der Weg hin zu einer CO₂-armen Wirtschaft unter Anerkennung der Vielfalt der Mitgliedstaaten im Hinblick auf Besonderheiten des Energiesystems, geografische Eigenheiten und der Notwendigkeit eines "sozial gerechten Übergangs" sowohl für ihre Bürgerinnen und Bürger als auch ihre Regionen am besten umgesetzt werden? Wie wird diese Frage in den nationalen Energie- und Klimaplänen (NECP) behandelt?